



Öffentliches Recht und Europarecht AKTUELL

21/2015 22.05.2015

REDAKTIONELLE LEITUNG:

Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler / Assoz. Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

Lorenz E. Riegler / Wolfgang Steinbauer

Bauordnung für Wien Praxiskommentar

Der Praxiskommentar „Bauordnung für Wien“ enthält den Text der Wiener Bauordnung zum Stand vom 1. April 2015 samt den jüngeren Materialien, jüngerer Literatur in Leitsätzen sowie ausgewählten Anmerkungen für die Praxis, dazu der Durchführungsverordnungen und Nebenbestimmungen.

78 Euro, 596 Seiten, Harteinband, gebunden, 3. Auflage, Stand 1. April 2015, ISBN 978-3-902883-23-0

I. Bundesgesetzblatt

BGBI I 55/2015

Bundesgesetz, mit dem das **Schiffahrtsgesetz** geändert wird (Bindung des Bestands schiffahrtsanlagenrechtlicher Bewilligungen an jenen erforderlicher Privatrechtstitel)

BGBI I 56/2015

Bundesgesetz, mit dem das **Ärztegesetz 1998** geändert wird (legistische Änderungen im Zusammenhang mit der Eintragung in die und der Austragung aus der Ärzteliste)

BGBI I 57/2015

Bundesgesetz, mit dem das Kriegsoferversorgungsgesetz 1957, das Opferfürsorgegesetz, das Heeresversorgungsgesetz, das Verbrechensopfergesetz, das Behinderteneinstellungsgesetz sowie das Bundesbehindertengesetz geändert werden, das Kriegsofener- und Behindertenfondsgesetz aufgehoben und ein Bundesgesetz, mit dem eine Rentenleistung für Contergan-Geschädigte eingeführt wird, erlassen wird (Reform der Rentenadministration in der Kriegsoferversorgung und der Zusatzrente für Beschädigte sowie der Familienzulage im Kriegsoferversorgungsgesetz; Aufhebung des Kriegsofener- und Behindertenfondsgesetzes und Übertragung der Fondsmittel an den Unterstützungsfonds für Menschen mit Behinderung; Schaffung einer Rentenleistung für Contergan-Geschädigte)

BGBI II 107/2015

Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA), mit der die **Geldwäscherei- und Terrorismusfinanzierungsrisiko-Verordnung** geändert wird

[BGBl II 108/2015](#)

Kundmachung des Bundesministers für Finanzen über die **Betragsgrenzen** (Bund und Länder) nach der Vereinbarung über einen **Konsultationsmechanismus** für das Jahr 2015

II. Amtsblatt der EU

[ABI L 122 v 19.05.2015, 31](#)

Beschluss (GASP) 2015/778 des Rates vom 18. Mai 2015 über eine **Militäroperation** der Europäischen Union im **südlichen zentralen Mittelmeer** (EUNAVFOR MED)

[ABI L 123 v 19.05.2015, 1](#)

Verordnung (EU) 2015/751 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2015 über **Interbankenentgelte** für **kartengebundene Zahlungsvorgänge**

[ABI L 123 v 19.05.2015, 16](#)

Verordnung (EU) 2015/752 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2015 über bestimmte Verfahren für die Anwendung des **Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens** zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der **Republik Montenegro** andererseits

[ABI L 123 v 19.05.2015, 23](#)

Verordnung (EU) 2015/753 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2015 über die Einfuhr von **Ag-rarerzeugnissen mit Ursprung in der Türkei** in die Union

[ABI L 123 v 19.05.2015, 27](#)

Verordnung (EU) 2015/754 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2015 zur Eröffnung und Verwaltung der **Zollkontingente** der Union für **hochwertiges Rindfleisch, Schweinefleisch, Geflügelfleisch, Weizen und Mengkorn** sowie für Kleie und andere Rückstände

[ABI L 123 v 19.05.2015, 33](#)

Verordnung (EU) 2015/755 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2015 über eine gemeinsame Regelung der **Einfuhren aus bestimmten Drittländern**

[ABI L 123 v 19.05.2015, 50](#)

Verordnung (EU) 2015/756 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2015 zur Aussetzung bestimmter **Zugeständnisse** bei der Einfuhr **landwirtschaftlicher Erzeugnisse mit Ursprung in der Türkei** in die Union

[ABI L 123 v 19.05.2015, 55](#)

Verordnung (EU) 2015/757 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2015 über die Überwachung von **Kohlendioxidemissionen aus dem Seeverkehr**, die Berichterstattung darüber und die Prüfung dieser Emissionen und zur Änderung der Richtlinie 2009/16/EG

[ABI L 123 v 19.05.2015, 77](#)

Verordnung (EU) 2015/758 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2015 über Anforderungen für die **Typgenehmigung** zur Einführung des auf dem 112-Notruf basierenden **bordeigenen eCall-Systems in Fahrzeugen** und zur Änderung der Richtlinie 2007/46/EG

[ABI L 123 v 19.05.2015, 90](#)

Verordnung (EU) 2015/759 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2015 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr 223/2009 über **europäische Statistiken**

[ABI L 123 v 19.05.2015, 98](#)

Verordnung (EU) 2015/760 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2015 über **europäische langfristige Investmentfonds**

[ABI L 125 v 21.05.2015, 3](#)

Abkommen zwischen der Europäischen Union und den **Vereinigten Arabischen Emiraten** über die **Befreiung von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte**

[ABI L 126 v 21.05.2015, 1](#)

Verordnung (EU) 2015/779 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2015 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr 1304/2013 hinsichtlich eines zusätzlichen **ersten Vorschussbetrags** für durch die **Beschäftigungsinitiative für junge Menschen** geförderte operationelle Programme

III. Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshof, Verwaltungsgerichte

A. Verfassungsgerichtshof

Keine Erkenntnisse im Berichtszeitraum.

B. Verwaltungsgerichtshof

24.03.2015, [Ra 2015/03/0021](#)

VwGG; Rechtsfragen grundsätzlicher Bedeutung können nicht nur solche des materiellen, sondern auch des Verfahrensrechts sein, wovon jedenfalls dann auszugehen ist, wenn **tragende Grundsätze des Verfahrensrechts** auf dem Spiel stehen; ggst macht die Revision zwar Verfahrensverstöße durch das VwG geltend, legt aber zum Teil nicht hinreichend dar, worin diese bestanden haben sollen, und vermag im Übrigen nicht aufzuzeigen, welches andere Verfahrensergebnis bei Vermeidung der behaupteten Mängel erzielbar gewesen wäre

24.03.2015, [Ra 2015/05/0001](#)

Oö BauO; für die Frage der **Bewilligungspflicht nach § 24 Abs 1 Z 2 Oö BauO** ist es nicht von Bedeutung, ob eine wesentliche Belästigung für Menschen durch das Bauvorhaben tatsächlich eintritt; die Bewilligungspflicht wird vielmehr bereits durch die abstrakte Möglichkeit, dass die projektierte bauliche Anlage eine solche wesentliche Belästigung herbeiführen könnte, begründet

26.03.2015, [Ra 2014/07/0077](#)

VwGVG; der äußerste Rahmen für die **Prüfbefugnis der VwG nach § 27 VwGVG** ist die „Sache“ des bekämpften Bescheids; dieser Rahmen wird bei trennbaren Absprüchen der behördlichen Entscheidung weiter eingeschränkt, wenn nur ein Teil bekämpft wird; dies gilt auch, wenn die Behörde zur Erlassung eines der trennbaren Bescheidsprüche unzuständig war; Parteibeswerden sind nur insoweit zu prüfen, als die Frage einer Verletzung von subjektiv-öffentlichen Rechten Gegenstand ist; von der **Möglichkeit der Zurückverweisung gem § 28 Abs 3 VwGVG** darf nur bei krassen bzw besonders gravierenden Ermittlungslücken Gebrauch gemacht werden

26.03.2015, [Ro 2014/07/0095](#)

WasserrechtsG; während die belangte Behörde die Bewilligung auf die §§ 11 ff, 21, 22, 32 und 111 WasserrechtsG stützte, ersetzte das LVwG diese Bestimmungen durch die Anführung des § 21a leg cit; sowohl vor der Behörde als auch vor dem LVwG fand ein Bewilligungsverfahren statt; werden im Spruch lediglich die angeführten **Normen geändert**, liegt **kein unzulässiger Wechsel der Verfahrensart** vor

22.04.2015, [2012/10/0003](#)

Oö NaturschutzG; dem Vorbringen des BF, dass bei der Beurteilung der **Eingriffswirkung in den lokalen „Naturhaushalt“** durch die geplanten Bauarbeiten übersehen wurde, dass es sich dabei um „keinen Eingriff in das Landschaftsbild“ handle, weil ein solcher gem § 3 Z 2 Oö NaturschutzG eine Maßnahme von nicht nur vorübergehender Dauer voraussetzt, ist zu entgegnen, dass die Begriffsbestimmung des § 3 Z 2 Oö. NaturschutzG lediglich den optischen Eingriff in das Landschaftsbild definiert – das Landschaftsbild stellt aber ein anderes Schutzgut dar als der Naturhaushalt

22.04.2015, [2012/10/0016](#)

Tir NaturschutzG; das **naturschutzrechtliche Bewilligungsverfahren** dient ausschließlich dem **Schutz der öffentlichen Interessen**; private Interessen Dritter, haben außer Betracht zu bleiben; es führt daher selbst das Eigentum an einem Teil der vom bewilligungsbedürftigen Vorhaben erfassten Grundfläche weder zu einem anerkannten rechtlichen Interesse, noch zu einem Rechtsanspruch des Grundeigentümers auf Versagung der beantragten Bewilligung; auch auf § 43 leg cit, wonach einem Antrag auf naturschutzrechtliche Bewilligung der Nachweis des Eigentums am betroffenen Grundstück anzuschließen ist, bezweckt nicht den Schutz von Eigentümerrechten

22.04.2015, [2012/10/0192](#)

Tir NaturschutzG; in einem **Verfahren über eine Bewilligung gem § 29 Tir NaturschutzG** ist in einem ersten Schritt zu prüfen, welches Gewicht der Beeinträchtigung der Interessen des Naturschutzes nach § 1 Abs 1 leg cit durch das Vorhaben zukommt; dem sind die öffentlichen Interessen, denen die Verwirklichung des Vorhabens dienen soll, gegenüberzustellen

22.04.2015, [2012/10/0239](#)

AVG; das **Gebot des Parteiengehörs** umfasst auch das Recht der Partei, Gelegenheit zu erhalten, zum Ergebnis der Beweisaufnahme Stellung zu nehmen; das Parteiengehör ist von Amts wegen, ausdrücklich, in förmlicher Weise, unter Einräumung einer angemessenen Frist und – sofern die Partei unvertreten ist – unter Beachtung des § 13a AVG zu gewähren; für die Partei muss erkennbar sein, dass ihr die belangte Behörde Parteiengehör einräumen will; erkennbar muss dabei auch sein, dass der Partei Gelegenheit zur Stellungnahme zum „Ergebnis der Beweisaufnahme“ eingeräumt wird

22.04.2015, [2013/10/0077](#)

ApothekerG; das Unionsrecht steht einer Abweisung eines Apothekenkonzessionsantrags gem § 10 Abs 2 Z 3 ApothekerG wegen Verringerung des Kundenpotenzials einer benachbarten Apotheke entgegen, wenn die neu beantragte Apotheke erforderlich ist, um für die in bestimmten ländlichen und abgelegenen Gebieten wohnhafte Bevölkerung die **zumutbare Erreichbarkeit einer Arzneimittelabgabestelle** zu gewährleisten; kann sich der Anfahrtsweg für die Bevölkerung durch die beantragten Apotheke max um 650 m verkürzen, ist die Erforderlichkeit in diesem Sinne von vornherein nicht gegeben

23.04.2015, [2012/07/0047](#)

AbfallwirtschaftsG; **AltlastensanierungsG**; das **Abfallende gem § 5 Abs 1 AbfallwirtschaftsG** setzt voraus, dass es sich beim abgelagerten Material um einen „Altstoff“ iSd § 2 Abs 4 Z 1 AbfallwirtschaftsG handelt; die Definition des Begriffs „Altstoff“ in § 2 Abs 4 Z 1 lit b leg cit stellt auf eine nachweislich zulässige Verwertung von Abfällen ab; eine solche liegt nur dann vor, wenn dadurch nicht dem AbfallwirtschaftsG zuwidergehandelt wird; dieses Merkmal der Zulässigkeit entspricht genau jenem, das auch die **Beitragsfreiheit nach § 3 Abs 1a Z 4 AltlastensanierungsG** zur Folge hat

24.04.2015, [Ra 2015/17/0005](#)

GlücksspielG; nach dem eindeutigen Gesetzeswortlaut des § 52 Abs 3 GlücksspielG idF BGBl I 13/2014 sowie den Gesetzesmaterialien bleibt kein Platz für Zweifel, dass die nahezu vollständige Ausschließung der strafgerichtlichen Zustän-

digkeit intendiert war; wenn durch eine Tat sowohl der Tatbestand der **Verwaltungsübertretung nach § 52 GlücksspielG** als auch der **Tatbestand des § 168 StGB** verwirklicht ist, ist nur nach den Verwaltungsstrafbestimmungen zu bestrafen; ob und in welchem Ausmaß noch Raum für eine gerichtliche Strafbarkeit verbleibt, muss im Revisionsfall nicht beantwortet werden

29.04.2015, [2013/06/0140](#)

Ktn BauO; gem § 9 Ktn BauO ist ein Antrag schriftlich zu stellen und hat die Art, die Lage und den Umfang des Vorhabens anzugeben; nähere **Vorgaben über die Form des Antrags** enthält die Ktn BauO nicht; § 10 leg cit führt die beizubringenden Belege an, wobei gem § 13 Abs 3 AVG vorzugehen ist, wenn die Belege fehlen oder nicht vollständig sind; für die Beurteilung des Charakters eines Anbringens ist sein wesentlicher Inhalt maßgebend; es kommt nicht auf die Bezeichnung an, sondern auf die erkennbare Absicht des Einschreiters

29.04.2015, [Ra 2015/06/0008](#)

Ktn BauO; die **Durchführung einer mündlichen Verhandlung ohne Parteiantrag** gem § 24 Abs 1 VwGVG steht nicht im Belieben, sondern im pflichtgemäßen Ermessen des VwG; davon, dass eine weitere Klärung der Rechtssache durch die mündliche Erörterung nicht zu erwarten war, konnte ggst schon deshalb nicht ausgegangen werden, weil der Zeitpunkt, zu dem die bf Parteien Kenntnis vom Wiederaufnahmegrund erlangten, strittig war; diese entscheidungswesentliche Frage wäre in der Verhandlung zu klären gewesen

C. Verwaltungsgerichte

BVwG 30.01.2015, [W214 2011104-1](#)

DatenschutzG; Bilddaten (aus einer in einem Auto installierten Videoüberwachung – „Dashcam“) sind als personenbezogene Daten zu werten; aufgrund des staatlichen Gewaltmonopols sind grundsätzlich nur die Sicherheitsbehörden zur Durchführung von Videoüberwachungen berechtigt; am **Vorliegen einer Videoüberwachung** ändert auch der Umstand nichts, dass die ggst Kamera nur bei starker Erschütterung des Autos oder bei Drücken des SOS-Buttons die Bilddaten, die innerhalb von 60 Sekunden verarbeitet wurden, leserlich auf der SD-Karte verarbeitet und anschließend den Sicherheitsbehörden und Staatsanwaltschaften übermittelt

BVwG 30.01.2015, [W214 2008866-1](#)

DatenschutzG; das **Auskunftsrecht** gem § 26 Abs 1 DatenschutzG kann hinsichtlich Daten geltend gemacht werden, die Gegenstand einer automatisationsunterstützten Datenanwendung sind, sowie hinsichtlich der in manuellen Dateien enthaltenen Daten; die Berufung auf das Auskunftsrecht ist dann ausgeschlossen, wenn es sich auf den Inhalt von Urkunden richtet; das genannte Auskunftsrecht ist gegenüber der Geltendmachung des Rechts auf **Einsicht in die Krankengeschichte** nach dem jeweiligen KrankenanstaltenG subsidiär; die Nichterteilung einer Auskunft kann während des Verfahrens vor der belangten Behörde durch Klaglosstellung des Bf oder Einstellung des Verfahrens saniert werden

BVwG 23.02.2015, [W194 2007704-1](#), [W120 2007703-1](#)

KommAustriaG; **Medienkooperations- und -förderungs-TransparenzG**; die **Bekanntgabepflichten nach dem MedKF-TG** erstrecken sich auch auf den Namen des konkreten periodischen Mediums, in dem Veröffentlichungen vorgenommen wurden; bei einer Bekanntgabe, mittels derer wie ggst ein Entgeltbetrag nicht dem Namen eines Mediums sondern einem anderen Namen zugeordnet wird, handelt es sich um eine unrichtige bzw unvollständige Bekanntgabe

IV. Gerichtshof der Europäischen Union

A. Gerichtshof

21.05.2015, [Rs C-546/12 P, Schröder / CPVO](#)

Rechtsmittel – **Gemeinschaftlicher Sortenschutz** – Gemeinschaftliches Sortenamt (CPVO) – Verordnung (EG) Nr 2100/94 – Art 20 und 76 – Verordnung (EG) Nr 874/2009 – Art 51 – Antrag auf Einleitung des Verfahrens zur Nichtigkeitsklä-

nung des gemeinschaftlichen Schutzes einer Sorte – **Amtsermittlungsgrundsatz** – Verfahren vor der Beschwerdekammer des CPVO – **Stichhaltige Beweise**

[21.05.2015, Rs C-352/13, CDC](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – **Gerichtliche Zuständigkeit** in Zivil- und Handelssachen – Verordnung (EG) Nr 44/2001 – Besondere Zuständigkeiten – Art 6 Nr 1 – Klage gegen **mehrere in verschiedenen Mitgliedstaaten ansässige Beklagte**, die an einem für unvereinbar mit Art 81 EG und Art 53 des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum erklärten **Kartell** teilgenommen haben, auf ihre gesamtschuldnerische Verurteilung zur Zahlung von Schadensersatz und auf Erteilung von Auskünften – Zuständigkeit des angerufenen Gerichts hinsichtlich der Mitbeklagten – Rücknahme der Klage gegen den Beklagten, der in dem Mitgliedstaat ansässig ist, in dem das angerufene Gericht seinen Sitz hat – Zuständigkeit für **Klagen aus unerlaubter Handlung** – Art 5 Nr 3 – Gerichtsstandsklauseln – Art 23 – **Effektive Durchsetzung des Kartellverbots**

[21.05.2015, Rs C-560/13, Wagner-Raith](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Freier Kapitalverkehr – Ausnahme – Kapitalverkehr im Zusammenhang mit der **Erbringung von Finanzdienstleistungen** – Regelung eines Mitgliedstaats, die eine **pauschale Besteuerung von Kapitalerträgen** aus Beteiligungen an ausländischen Investmentfonds vorsieht – **Schwarze Fonds**

[21.05.2015, Rs C-657/13, Verder LabTec](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Steuerrecht – Niederlassungsfreiheit – Art 49 AEUV – Beschränkungen – **Gestaffelte Erhebung der Steuer auf die stillen Reserven** – Wahrung der **Aufteilung der Besteuerungsbefugnis** zwischen den Mitgliedstaaten – Verhältnismäßigkeit

[21.05.2015, Rs C-65/14, Rosselle](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – Richtlinie 92/85/EWG – Maßnahmen zur Verbesserung der **Sicherheit und des Gesundheitsschutzes von schwangeren Arbeitnehmerinnen**, Wöchnerinnen und stillenden Arbeitnehmerinnen am Arbeitsplatz – Art 11 Nrn 2 und 4 – Beamtin, die aus persönlichen Gründen freigestellt ist, um eine Beschäftigung im Angestelltenverhältnis auszuüben – **Weigerung, ihr eine Mutterschaftsleistung zu gewähren**, weil sie als Angestellte die Wartezeit nicht absolviert hat, die einen Anspruch auf bestimmte Sozialleistungen begründet

[21.05.2015, Rs C-322/14, El Majdoub](#)

Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – **Gerichtliche Zuständigkeit und Vollstreckung** von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen – Verordnung (EG) Nr 44/2001 – Art 23 – **Gerichtsstandsvereinbarung** – **Formerfordernisse** – Elektronische Übermittlung, die eine dauerhafte Aufzeichnung der Vereinbarung ermöglicht – Begriff – Allgemeine Geschäftsbedingungen, die über einen Link, der sie in einem neuen Fenster öffnet, abgerufen und ausgedruckt werden können – ‚Click wrapping‘

[21.05.2015, Rs C-339/14, Wittmann](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2006/126/EG – **Gegenseitige Anerkennung der Führerscheine** – Sperrfrist – Erteilung der Fahrerlaubnis durch einen Mitgliedstaat vor Beginn einer Sperrfrist im Mitgliedstaat des ordentlichen Wohnsitzes – **Gründe für die Ablehnung der Anerkennung** der Gültigkeit eines von einem anderen Mitgliedstaat ausgestellten Führerscheins im Mitgliedstaat des ordentlichen Wohnsitzes

B. Schlussanträge

[20.05.2015, Rs C-595/13, Fiscale Eenheid X \(GA Kokott\)](#)

Steuerrecht – Mehrwertsteuer – Art 13 Teil B Buchst d Nr 6 der Sechsten Richtlinie 77/388/EWG – **Steuerbefreiung** für die Verwaltung von Sondervermögen – **Immobilien als Gegenstand eines Sondervermögens** – Tatsächliche Bewirtschaftung einer Immobilie als **Verwaltung des Sondervermögens**

[20.05.2015, Rs C- 177/14, Regojo Dans \(GA Mengozzi\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – EGB-UNICE-CEEP-Rahmenvereinbarung über befristete Arbeitsverträge – Öffentlicher Sektor – Aushilfspersonal – Paragraf 2 Nr 1 – Paragraf 3 Nr 1 – Einstufung als befristet beschäftigter Arbeitnehmer – Paragraf 3 Nr 2 – **Begriff der gleichen oder ähnlichen Arbeit** – Besondere Art der Aufgaben – Vornahme des Vergleichs nach dem nationalen Recht – Paragraf 4 – **Diskriminierungsverbot** – Sachliche Gründe

[20.05.2015, Rs C-240/14, Prüller-Frey \(GA Szpunar\)](#)

Haftung von Luftfahrtunternehmen bei Unfällen – Übereinkommen zur Vereinheitlichung bestimmter Vorschriften über die **Beförderung im internationalen Luftverkehr** – Verordnung (EG) Nr 2027/97 – Anwendungsbereich – Flug, der in einem **ultraleichten Luftfahrzeug mit Motorantrieb** durchgeführt wird, dessen Betreiber nicht Inhaber einer Betriebsgenehmigung für Flugdienste ist – **Flug mit demselben Abgangs- und Bestimmungsort** zu dem Zweck, einem möglichen Käufer eine Liegenschaft zu zeigen – Verordnung (EG) Nr 864/2007 – Art 18 – Direktklage gegen den Versicherer des Haftenden

[21.05.2015, verb Rs C-124/13 und 125/13, Parlament / Rat \(GA Wahl\)](#)

Gemeinsame **Fischereipolitik** – **Nichtigkeitsklage** – Verordnung (EU) Nr 1243/2012 des Rates zur Festlegung eines langfristigen Plans für die Kabeljaubestände und die Fischereien, die diese Bestände befischen – Rechtsgrundlage – Anwendungsbereich von Art 43 Abs 2 AEUV und von Art 43 Abs 3 AEUV – **Technische Durchführungsbestimmungen**

[21.05.2015, Rs C- 303/13 P, Kommission / Andersen \(GA Wathelet\)](#)

Rechtsmittel – **Staatliche Beihilfen** – Dem öffentlichen Unternehmen Danske Statsbaner (DSB) von den dänischen Behörden gewährte Beihilfen – Öffentliche Dienstleistungsverträge über die Erbringung von Schienenpersonenverkehrsdiensten zwischen Kopenhagen (Dänemark) und Ystad (Schweden) – Beschluss, durch den die **Beihilfe unter Auflagen für mit dem Binnenmarkt vereinbar** erklärt wird – Zeitliche Anwendung der materiell-rechtlichen Vorschriften

[21.05.2015, Rs C-687/13, Fliesen-Zentrum Deutschland \(GA Sharpston\)](#)

Antidumpingzoll – Gültigkeit der Durchführungsverordnung (EU) Nr 917/2011 des Rates – Einfuhr von **Keramikfliesen aus China** – Wahl der Vereinigten Staaten als **geeignetes Drittland mit Marktwirtschaft** zur Feststellung des Vorliegens von Dumping – **Ermittlung des Normalwerts** – Verteidigungsrechte – Begründungspflicht – **Stichprobenverfahren**

[21.05.2015, Rs C-23/14, Post Danmark \(GA Kokott\)](#)

Wettbewerb – **Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung** (Art 82 EG) – **Postdienstleistungen** – Dänischer Markt für die Verteilung von Massenbriefen – Direktwerbesendungen – **Monopolstellung** des ehemaligen staatlichen Postunternehmens auf einem bedeutsamen Teil des Marktes – **Rabattsystem** – **Verdrängungswirkung** – Keine Spürbarkeits- oder De-minimis-Schwelle – Test des ebenso leistungsfähigen Wettbewerbers („**As-efficient-competitor**“-Test)

[21.05.2015, Rs C- 137/14, Kommission / Deutschland \(GA Wathelet\)](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Richtlinie 2011/92/EU – **Umweltverträglichkeitsprüfung** bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten – Art 11 – Richtlinie 2010/75/EU – **Industrieemissionen** (integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung) – Art 25 – **Zugang zu Gerichten**

[21.05.2015, Rs C-166/14, MedEval \(GA Kokott\)](#)

Öffentliche Aufträge – Richtlinien 89/665/EWG und 2007/66/EG – **Nachprüfungsverfahren** – **Effektiver Rechtsschutz** – Schadenersatz – Ausschlussfristen

[21.05.2015, Rs C- 194/14 P, AC-Treuhand / Kommission \(GA Wahl\)](#)

Rechtsmittel – **Kartelle** – Europäische Märkte für Wärmestabilisatoren – Festsetzung der Preise, Aufteilung der Märkte und **Austausch sensibler Geschäftsinformationen** – Entscheidung, mit der **Zuwiderhandlungen gegen Art 81 EG** (jetzt Art 101 AEUV) und gegen Art 53 des EWR-Abkommens festgestellt werden – Entscheidung, die ein Beratungsunternehmen betrifft, das **auf den relevanten Märkten keinen Wettbewerbsdruck** ausübt

[21.05.2015, Rs C- 251/14, Balázs \(GA Kokott\)](#)

Angleichung der Rechtsvorschriften – Richtlinie 98/70/EG – Qualität von Otto- und Dieselkraftstoffen – **Zusätzliche Qualitätsanforderungen einer technischen Norm** – Richtlinie 98/34/EG – **Informationsverfahren** auf dem Gebiet der Normen und technischen Vorschriften

C. Gericht

[21.05.2015, verb Rs T-22/13 und T-23/13, Senz Technologies / OHMI - Impliva \(Parapluies\)](#) (Auszüge)

Gemeinschaftsgeschmacksmuster – Nichtigkeitsverfahren – Eingetragene Gemeinschaftsgeschmacksmuster, die Regenschirme darstellen – Nichtigkeitsgrund – **Offenbarung des älteren Geschmacksmusters** – Älteres Geschmacksmuster, das aus einem amerikanischen Patent besteht – **Fachkreise des betreffenden Wirtschaftszweigs** – Informierter Benutzer – Grad der Aufmerksamkeit des informierten Benutzers – **Modeerzeugnisse** – Grad der Gestaltungsfreiheit des Entwerfers – Eigenart – **Anderer Gesamteindruck** – Antrag auf Nichtigkeitsklärung

[21.05.2015, Rs T-201/13, Rubinum / Kommission](#)

Öffentliche Gesundheit – **Lebensmittelsicherheit** – **Zusatzstoff zur Verwendung in der Tierernährung** – Zubereitung von *Bacillus cereus var toyoi* – Beschluss der Kommission, die Zulassungen dieser Zubereitung auszusetzen – **Gesundheitsgefährdung** – Rechtsfehler – **Vorsorgeprinzip**

V. Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

21.05.2015, Beschwerde Nr. [50494/12](#), Yengo / Frankreich

Verletzung von Art 13 EMRK (Recht auf wirksame Beschwerde); inhaftierter Bf rügte unmenschliche und erniedrigende Behandlung aufgrund der **Bedingungen im Gefängnis**; keine Verletzung von Art 3 EMRK, da ihm gerichtlich bereits **Entschädigungszahlungen** diesbezüglich zugesprochen worden waren; allerdings Verletzung von Art 13 EMRK aufgrund der Tatsache, dass im **relevanten Zeitpunkt keine wirksame Beschwerdemöglichkeit** vorhanden war, um die Beendigung der konventionswidrigen Behandlung im Gefängnis erwirken zu können

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

Disclaimer

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Bau-recht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungs-verfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

Impressum

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Assoz. Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Hofrat Dr. Alfred Grof (Landesverwaltungsgericht Oberösterreich); Univ.-Ass. Mag. Sandra Grafeneder, Univ.-Ass. Mag. Bianca Wögerbauer, Univ.-Ass. Mag. Beate Sündhofer, Univ.-Ass. Mag. Sebastian Mauernböck, Mag. Matthäus Schmied, Wiss.-Mit. Jakob Dietrich;

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.